

Große Anfrage

der Abgeordneten Frau Schoppe, Dr. Ehmke (Ettlingen) und der Fraktion
DIE GRÜNEN

Kranke Umwelt – kranke Kinder Gesundheitsgefährdung durch Umwelt-, speziell Luftverschmutzung

In seinem Buch „Die Erben des Übels“ (Kösel Verlag, 1983) weist der Autor Bernd Dost auf einen möglichen Zusammenhang von Umwelt- und speziell Luftverschmutzung und dem Auftreten erhöhter Morbiditäts- und Mortalitätsfälle unter Kindern hin, die dringend einer Klärung bedürfen und schnellstmöglich Konsequenzen nach sich ziehen sollten. Vorrangig ist hier die Luftverunreinigung durch diverse Schadstoffe und das Auftreten von Atemwegserkrankungen mit möglichen Folgeschäden (Plötzlicher Kindstod) zu sehen, die neben dem Waldsterben eine neue Dimension der Luftverunreinigung eröffnet.

Wir fragen die Bundesregierung:

- 1.1 Wie beurteilt die Bundesregierung den geschilderten Tatbestand des gleichzeitigen Auftretens hoher SO_2 -Gehalte in der Luft und dem Ansteigen von Pseudo-Krupp-Anfällen bei Kindern, vor allem in Belastungsgebieten wie Essen und Duisburg?
- 1.2 Wie beurteilt die Bundesregierung das geschilderte gleichzeitige Auftreten hoher Staubauswürfe (0,17 bis 0,21 mg/m^3) und die Häufung plötzlicher Kehlkopfentzündungen?
- 1.3 Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß interessierten Ärzten kein Zugriff auf die Rohdaten (Originalmeßwerte statt Mittelwerte) der Luftmeßstationen gewährt wird, Daten, die für die Differentialdiagnose und Therapie von größter Relevanz sind?
- 1.4 Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die beschriebenen Atemwegserkrankungen in „problematischen“ Stadtbezirken mit hohem Ausländeranteil in belasteten Gebieten? Befürchtet sie auch, daß hier ein gehäuftes Auftreten derartiger Erkrankungen verborgen bleibt? Wie will sie dieses Problem lösen?
- 1.5 Mit welchem Grad an Sicherheit läßt sich ausschließen, daß die gegenwärtige Schadstoffbelastung durch SO_2 , Stick-

oxide, Schwermetalle, Kohlenwasserstoffe und Feinstäube für Menschen in unterschiedlich belasteten Gebieten Gesundheitsschäden wie

- Pseudo-Krupp,
- Bronchialerkrankungen,
- Blutkrebs und andere Krebsformen,
- Nierenschäden u. a. m.

auslöst oder durch Verminderung der Abwehrkräfte begünstigt oder bestehende Erkrankungen verschlimmert, bis zur Mitverursachung von Todesfällen? Auf welcher Datenbasis wird diese Abschätzung vorgenommen?

- 1.6 Spätestens seit 1973 ist bekannt, daß bei nicht berufsbedingt belasteten Personen sowohl der Staubgehalt in den Lungen als auch der Schweregrad der chronischen Bronchitis Betroffener zunimmt (J. Rosenstock: Morphologische Veränderungen an der Bronchialwand und Staubgehalt der Lungen in 139 plötzlichen Todesfällen ohne bekannte berufsbedingte Staubbelastung. Diss. Universität Düsseldorf, 1973).

Warum wurden damals keine Schritte unternommen,

- a) um besonders exponierte Personengruppen (Luftbelastungsgebiete) und besonders empfindliche Personengruppen (Kleinkinder, ältere Menschen, Asthmatiker) als Risikogruppen zu untersuchen,
- b) um die Staubemissionen vorbeugend zu senken?

Mit welchem Grad an Sicherheit wurden damals Folgeschäden ausgeschlossen und auf welcher Datenbasis? Wer traf diese Entscheidungen?

- 1.7 Warum hat die Bundesregierung, obwohl Experten schon 1978 auf einer Sachverständigenanhörung über medizinische, biologische und ökologische Grundlagen zur Bewertung schädlicher Luftverunreinigungen (Umweltbundesamt) mehrfach darauf hingewiesen haben, mögliche Gesundheitsschäden durch Luftverunreinigungen nicht zum Anlaß genommen, um präventiv Maßnahmen gegen weitere Schäden am Menschen zu ergreifen? Wie ist die damalige Haltung der Bundesregierung mit Artikel 2 des Grundgesetzes, wonach jeder, auch der empfindlichste, Mensch ein Recht auf körperliche Unversehrtheit hat, in Einklang zu bringen?
- 1.8 Welches sind die Ergebnisse der in Drucksache 9/2347, S. 5, angekündigten, vom Umweltbundesamt und Bundesgesundheitsamt durchzuführenden Pilotuntersuchungen über Luftverunreinigungen und Gesundheitsschäden? Warum wurden ihre Ergebnisse noch nicht veröffentlicht?
- 1.9 Hält die Bundesregierung eine Meldepflicht für Pseudo-Krupp (Pseudo-Krupp-Register) für notwendig, und wann wird sie es einrichten?

- 1.10 Wann wird die Bundesregierung den Grenzwert der TA Luft für SO₂ auf den von Medizinern (WHO) und Forstleuten (Internationaler Verband Forstlicher Forschungsanstalten) geforderten Wert von maximal 50 Mikrogramm als Höchst- und 25 Mikrogramm als anzustrebenden Wert senken?
- 2.1 Wie beurteilt die Bundesregierung die gehäufte Überschreitung der Richtwerte von Blei, Cadmium und anderen Schwermetallen im Gemüse belasteter Gebiete unter dem Aspekt der gesundheitlichen Vorsorge und dem Individualschutz (nach Artikel 2 GG)?
- 2.2 Wie beurteilt die Bundesregierung die zitierte Recherche des AK Verkehr des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (Dost, S. 33), daß die Mittelwerte von Blei und/oder Cadmium bei totgeborenen Kindern etwa fünf- bis zehnmal über den Werten der normalgeborenen liegen und welche Konsequenzen zieht sie daraus?
- 2.3 Wie beurteilt die Bundesregierung die um fünf bis sieben Punkte verminderte Intelligenzleistung bei Duisburger Blei-Kindern (Dost, S. 34) und die bleibedingte Störung der Gestalterfassung (Flüchtigkeit der Wahrnehmung) bei Stolberger Blei-Kindern sowie die von amerikanischen Forschern an Blei-Kindern festgestellten Verhaltensauffälligkeiten (sog. Hyperkinesen) und die geringfügigen zerebralen Störungen bei Kindern mit höherem Haarbleigehalt in Dänemark? Hält sie umfassende und weitergehende Untersuchungen auf diesem Gebiet für die gesamte Bundesrepublik Deutschland nicht auch für dringend erforderlich? Hält sie im weiteren die Verdachtsmomente für eine Gesundheitsbeeinträchtigung durch Bleibelastungen nicht für so gefestigt, daß schon jetzt Maßnahmen zur Vermeidung getroffen werden müssen?
- 3.1 Ist der Bundesregierung der Zusammenhang zwischen Nitrataufnahme durch Trinkwasser und Cyanose bei Säuglingen und Kleinkindern bekannt? Wenn ja, wann wird sie endlich entsprechende Maßnahmen – z.B. Senkung des Nitratgrenzwertes auf die von der EG geforderten 50 bzw. gewünschten 25 mg/l – durchführen?
- 3.2 Hält die Bundesregierung eine Meldepflicht für Cyanose für sinnvoll, und wann wird sie sie einführen?
- 3.3 Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Langzeitauswirkungen eines dauerhaft erhöhten Methämoglobinantils von 3 bis 5 v.H. im kindlichen Blut? Welche Maßnahmen wird sie ergreifen, um die erhöhte Nitratzufuhr bei Säuglingen und Kleinkindern zu reduzieren?
- 3.4 Wie beantwortet die Bundesregierung die von Droese und Stolley (1981) aufgeworfene Frage (Dost, S. 57), ob der derzeit gültige Grenzwert von 250 mg/kg Nitrat in Säuglingsnahrung für Säuglinge in den ersten Lebensmonaten noch genügend Sicherheit bietet? Auf welche toxikologischen

Daten bzw. Untersuchungen stützt sie sich bei ihrer Antwort?

- 4.1 Wie beurteilt die Bundesregierung die von Prof. Klaus Riegel (Dost, S. 60 bis 63) festgestellten Mängel in der Vorsorge und Versorgung von Schwangeren und Neugeborenen, und welche Maßnahmen wird sie ergreifen, um diese Mängel zu beheben?
- 4.2 Wie beurteilt die Bundesregierung im besonderen die Feststellung Riegels, daß „keine Neugeborenen-Intensivstation der Bundesrepublik . . . den Personalanforderungen“ der Deutschen Gesellschaft für Kinderheilkunde genüge, und was gedenkt sie zu unternehmen, um hier Abhilfe zu schaffen?
- 5.1 Wie stellt sich die Bundesregierung zu den Ausführungen und Schlußfolgerungen Dosts über den Anstieg von Krebs, speziell Leukämie, unter Kindern? Was gedenkt sie zu unternehmen, um dieses gravierende Problem zu lösen?
- 5.2 Hält die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Einrichtung eines Krebsregisters für die Bundesrepublik Deutschland nicht auch für dringend erforderlich, und wann wird sie es einrichten?
- 6.1 Wie erklärt sich die Bundesregierung die plötzlichen Kindstod-Fälle vor allem in Luftbelastungsgebieten wie Raum Oker/Harlingerode und Raum Goslar?
- 6.2 Wie erklärt sich die Bundesregierung das gehäufte Auftreten von Infektionen in Nase und Rachen bei Sudden Infant Death-Kindern (Dost, S. 192) und sieht sie hier einen möglichen Zusammenhang zwischen Luftverschmutzung, Atemwegsinfekt und Plötzlichen Kindstod-Fällen, vor allem angesichts des Zwischenberichtes des Office of Technology Assessment 1982 (Dost, S. 203)?
- 6.3 Hält die Bundesregierung weitergehende Forschungen auf diesem Gebiet für dringend erforderlich, und wird sie die nötigen Mittel für derartige Arbeiten zur Verfügung stellen?
- 6.4 Hält die Bundesregierung die dargestellten Verdachtsmomente nicht schon für ausreichend genug, um jetzt schon, vorbeugend, zu handeln und entsprechende Maßnahmen wie Emissionsminderung/-stop für bestimmte Schadstoffe durchzuführen, um sofort unnötige weitere Todesfälle zu verhindern?

Bonn, den 8. Februar 1984

Schoppe

Dr. Ehmke (Ettlingen)

Beck-Oberdorf, Schily, Kelly und Fraktion